



Energie-Control Austria für die Regulierung der  
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft

Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Wien, am 09.10.2014

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl  
Ihre Nachricht vom

Unsere Geschäftszahl  
BMLFUW-UW.1.4.3/0028-  
I/1/2014

Sachbearbeiter(in)/Klappe  
Dr. Platzer-Schneider / 2115  
[ursula.platzer@bmlfuw.gv.at](mailto:ursula.platzer@bmlfuw.gv.at)

**Betrifft: Langfristige Planung 2014,  
Koordinierter Netzentwicklungsplan 2015 bis 2024,  
Netzentwicklungspläne 2014,  
Konsultationen**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Derzeit finden Konsultationen zur Langfristigen Planung gemäß § 22 und zum Koordinierten Netzentwicklungsplan gemäß § 63 GWG 2011 sowie zu Netzentwicklungsplänen gemäß § 37 EIWOG 2010 statt.

Wie bereits in der BMLFUW Stellungnahme vom 24.7.2014 zu den Entwürfen zur Langfristigen Planung und zum Koordinierten Netzentwicklungsplan dargelegt, fallen diese Pläne unter die Plan- bzw. Programmdefinition nach Art. 2a SUP-RL 2001/42/EG und sind somit vom Geltungsbereich gemäß Art. 3 erfasst (siehe GZ BMLFUW-UW.1.4.3/0013-I/1/2014). Dies trifft ebenfalls für die Netzentwicklungspläne gemäß § 37 EIWOG 2010 zu.

Die SUP-RL unterscheidet zwischen dem sog. obligatorischen und nicht-obligatorischen bzw. konditionalen Geltungsbereich. Wenn die Pläne vom obligatorischen Anwendungsbereich gemäß Art. 3 Abs. 2 erfasst sind, ist zwingend eine SUP durchzuführen. Dazu ist zu ergänzen, dass es nicht erforderlich ist, dass die Pläne rechtlich bindend sind. Ebenso ist die



Rechtsform, in der die Pläne beschlossen bzw. angenommen werden, für die Plan- bzw. Programmdefinition sowie Geltungsbereich irrelevant.

Weiters genügt, dass die Pläne den Rahmen für Vorhaben, die in der UVP-RL aufgelistet sind, setzen. Eine tatsächliche UVP-Pflicht der zukünftigen Projekte ist nicht Voraussetzung für den obligatorischen Anwendungsbereich. Ebenfalls ist anzumerken, dass die Pläne keine konkret ausgearbeiteten Projekte enthalten müssen. Es genügt z.B. die Festlegung der Projektart.

Fallen die Pläne aufgrund ihrer Inhalte in den nicht-obligatorischen Anwendungsbereich gemäß Art. 3 Abs. 4, also umfassen sie Projekte, die nicht in der UVP-RL aufgelistet sind, ist in einem Screening unter Anwendung der Kriterien des Anhang II zu prüfen, ob die Umsetzung der Pläne voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben.

Die Durchführung einer SUP bedeutet im Wesentlichen die Erstellung eines Umweltberichts, die Beteiligung der Öffentlichkeit und Umweltstellen, sowie die Berücksichtigung der Ergebnisse der SUP bei der Planannahme.

Weiters ist zu prüfen, ob die Umsetzung der Pläne voraussichtlich erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen auf die Umwelt anderer Mitgliedstaaten haben. In diesem Falle sind grenzüberschreitende Konsultationen gemäß Art. 7 SUP-RL zu führen.


Angemerkt wird weiters, dass nach vorliegenden Informationen bereits eine Beschwerde zur SUP-Pflicht der Netzentwicklungspläne bei der Europäischen Kommission eingereicht wurde.

Informationen und Unterlagen zur SUP sind auf der Homepage [www.strategischeumweltpruefung.at](http://www.strategischeumweltpruefung.at) zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Bundesminister:  
Dr Ursula Platzner-Schneider

Elektronisch gefertigt.

	Unterzeichner	serialNumber=579515843327,CN=BMLFUW,O=BMLFUW / Lebensministerium,C=AT
	Datum/Zeit-UTC	2014-10-09T13:48:51+02:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	541402
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: <a href="http://www.bmlfuw.gv.at/amtssignatur">http://www.bmlfuw.gv.at/amtssignatur</a>	